

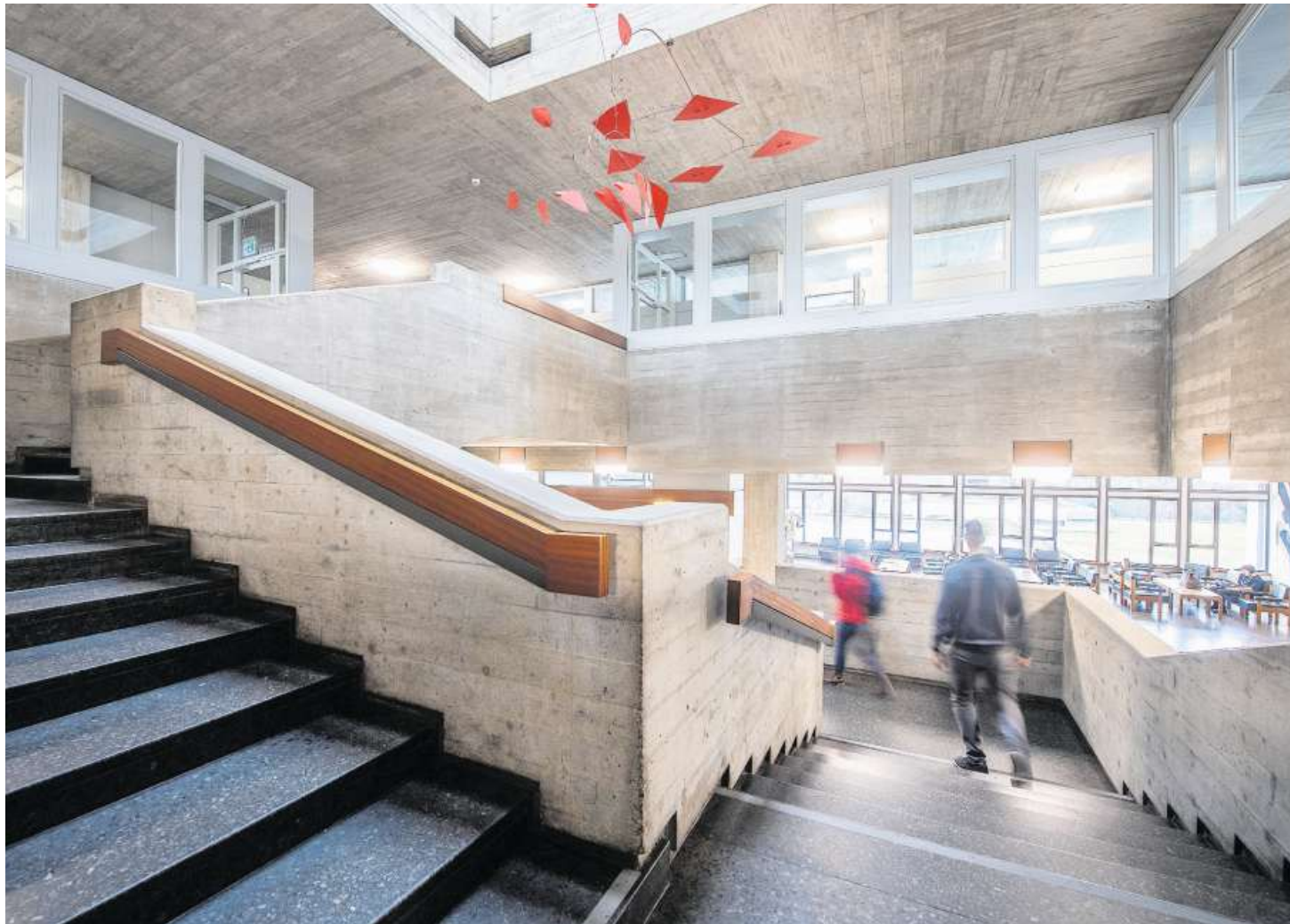
Leitartikel zur Abstimmung über den HSG-Neubau am St. Galler Platztor

Die Ostschweiz braucht eine starke HSG

Eigentlich ist die Rechnung einfach: Die HSG auf dem St. Galler Rosenberg hat Platz für 5000 Studierende. Eingeschrieben sind heute 8700. Es fehlen also 3700 Plätze. Gleichzeitig baut die HSG ihr Angebot aus, zum Beispiel mit dem Medical Master oder der School of Information and Computing. Ohne neue Räume wird sich die Platznot in den kommenden Jahren weiter verschärfen. Gelöst werden soll das Problem mit einem Campus mitten in der Stadt. Kostenpunkt: 200 Millionen Franken. Der Kanton übernimmt davon 160 Millionen, wenn das Volk am 30. Juni der Vorlage zustimmt.

Das Vorhaben ist praktisch unbestritten. Abgesehen von den üblichen Kritikern am linken Rand hat der HSG-Bau keine Gegner. Auf den ersten Blick ist das erstaunlich, zumal die Uni eines der schwierigsten Jahre ihrer 119-jährigen Geschichte hinter sich hat. Spesenaffäre, Fall Sester, Rüegg-Stürm, die Verwicklungen des Rektors in die Marktmanipulationen der Jungfraubahn, die Festnahme eines Honorarprofessors – zwischen den Negativmeldungen blieb der Uni kaum Zeit zum Durchatmen. Die zahlreichen Affären haben die Institution in ihren Grundfesten erschüttert. Die Uni-Leitung hat zwar in der Krisenbewältigung nicht immer Geschick gezeigt, liess aber Einsicht erkennen. In einzelnen Institutionen dagegen dominiert eine Mischung aus Selbstmitleid und Arroganz.

Gefreut hat das vor allem jene Gegner, die in der Uni ohnehin nur eine Startrampe für Karrieristen sehen. Dieses Bild entspricht kaum der Realität. Die HSG ist alles andere als ein ideologisch abergelegter Betonklotz. Wer sucht, findet auf dem Rosenberg libertäre Brachialkapitalisten, deren Weltbild sich durch keine Finanzkrise erschüttern lässt. Genauso gibt es auch Linke, die sich in St. Gallen ihr



Arbeitsplätze, Wissen und Wertschöpfung: 235 Millionen Franken werden dank der HSG jährlich in die Region gespült.

Bild: Urs Bucher

ökonomisches und juristisches Rüstzeug holen.

Fakt ist auch, dass die HSG noch nie so offensiv gegen ihre eigenen Klischees angekämpft hat wie heute. Sie hat ein Besucherzentrum eingerichtet, die Öffentlichkeitsarbeit professionalisiert und den Dialog mit der Region intensiviert. Mittlerweile kommen jährlich 4000 Hörerinnen und Hörer an eine der knapp 80 öffentlichen Vorlesungen, auf der Forschungsplattform Alexandria sind 43000 Publikationen frei zugänglich. In der Lehre kümmert sich eine Abteilung eigens um die Persönlichkeitsentwicklung der Studierenden. Das alles wird von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen – weil das Image der HSG dafür

keinen Raum lässt, wie die ehemalige Prorektorin Ulrike Landfester in einem Interview mit unserer Zeitung feststellte.

Warum findet der Campus-Neubau trotzdem so grosse Unterstützung? Die Beziehung zwischen Volk und HSG ist tatsächlich nicht gerade herzlich. Es dominiert ostschweizerischer Pragmatismus. Man weiss, dass die Universität für den Kanton von grosser Bedeutung ist. Sie sichert Arbeitsplätze, Wissen und Wertschöpfung. 235 Millionen Franken werden dank der HSG jährlich in die Region gespült. Jede sechste Logiernacht in der Stadt und der Umgebung geht auf das Konto der Uni. Symposien, Start-ups und Forschungsplattformen bringen Zugang zu internationa-

len Netzwerken. Der Preis dafür ist vergleichsweise moderat: Die HSG finanziert sich über Erträge aus Weiterbildung, Drittmittel und Kooperationen zu 49 Prozent selbst. Gemessen am Betriebsertrag, den die Uni erwirtschaftet, beläuft sich der Beitrag des Kantons gar nur auf 20 Prozent. Keine andere Schweizer Uni kommt mit so wenig öffentlichen Mitteln aus.

Die Zahlen zeigen auch, dass sich die HSG in einem Spannungsfeld befindet. Einerseits will sie wachsen und in der internationalen Topliga der Business-Schools mitspielen. Damit sie wachsen kann, ist sie aber auf das Wohlwollen in der Region angewiesen. Andererseits war die Bildungslandschaft noch nie so dynamisch wie

heute. Technologische und gesellschaftliche Megatrends zwingen die Universitäten, sich permanent neu auf die Realität einzustellen. Die HSG macht das, indem sie sich neue Felder erschliesst – Stichwort Medical Master oder School of Information and Computing. Mit einem Erweiterungsbau kann die Uni auf diese Entwicklungen reagieren. Der neue Campus ist ein Baustein für die Zukunft der HSG – und der Ostschweiz.

Andri Rostetter
andri.rostetter@tagblatt.ch

In eigener Sache Medienpreis für Justizkolumne

Der St. Galler alt Kantonsrichter Rolf Vetterli ist für seine Kolumne im «St. Galler Tagblatt» und seinen Regionalausgaben mit dem Anerkennungspreis des Schweizerischen Anwaltsverbands ausgezeichnet worden. Seit 2012 hat Vetterli über 70 «Justizgeschichten» veröffentlicht. Seine alltagsnahen Kolumnen seien gleichzeitig unterhaltsam und lehrreich geschrieben, urteilte die Jury. Es sei beeindruckend, «wie es Rolf Vetterli gelingt, juristisch Komplexes in verständliche Sprache zu legen und wie er dabei stets den Menschen hinter dem juristischen Sachverhalt sieht», sagt Martin Hofer, Jurymitglied und ehemals Chefredaktor der TV-Sendung «10 vor 10» und des «Sonntagsblick», auf Anfrage. Der Schweizerische Anwaltsverband vergibt alle zwei Jahre Medienpreise. Damit soll eine «allgemeinverständliche und objektive Aufklärung über das Wesen und die Werte des Schweizer Rechts und dessen Instanzen» gefördert werden. 2019 sind es je einen Hauptpreis für elektronische und Printmedien sowie einen Nebenpreis und einen Anerkennungspreis. Die weiteren Auszeichnungen gingen dieses Jahr an NZZ-Journalist



Rolf Vetterli. Bild: hps

Fabian Baumgartner, «10 vor 10»-Reporter Stephan Rathgeb sowie an die «Rundschau»-Autoren Florian Imbach, Dominique Strelbel und Timo Grossenbacher. Die vier Preise für herausragendes journalistisches Schaffen sind mit insgesamt 12 000 Franken dotiert. Die Jury wird von Anwalt, alt Nationalrat und ehemaligem VR-Präsidenten der NZZ, Franz Steinegger, präsiert. (ar)

Weniger Fahrgäste, mehr Erträge

Verkehr Die Appenzeller Bahnen haben im letzten Jahr drei Prozent weniger Fahrgäste befördert. Grund dafür ist vor allem der sechsmonatige Unterbruch zwischen St. Gallen und Teufen.

288 Aktionärinnen und Aktionäre haben am Freitagabend an der 146. Generalversammlung der Appenzeller Bahnen (AB) in Gais teilgenommen. Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2018 genehmigten sie mit je einer Gegenstimme. Herausragende Ereignisse im Geschäftsjahr 2018 waren die Fertigstellung der Neubaustrecke mit dem Ruckhalde-tunnel und der Inbetriebnahme von 16 neuen Zügen. Verwaltungsratspräsident Ernst Boos bezeichnete sie als Meilensteine, die einen bedeutenden Platz in der Geschichte der Appenzeller Bahnen einnehmen würden. Die elf «Tangos» für die Linie Trogen-St. Gallen-Appenzell und die fünf «Walzer» auf der Linie Gossau-Appenzell-Wasserauen sorgten zudem für mehr Fahrkom-

fort. Und seit März 2018 profitieren die Fahrgäste zwischen Teufen und St. Gallen in den Hauptverkehrszeiten von einem Viertelstundentakt.

Der sechsmonatige Unterbruch zwischen St. Gallen und Teufen während der Tunnelbauphase brachte allerdings einen Nachfragerückgang von drei Prozent gegenüber dem Vorjahr ein. Hingegen erhöhten sich die Personenverkehrserträge um vier Prozent. «Das zeigt, dass die Entwicklung der Nachfrage und der Reiseverkehrserträge im gleichen Jahr nicht zwingend im Einklang stehen», erklärte Ernst Boos. Die Verteilung der Einnahmen aus den Fahrausweisverkäufen basiere auf der in der Vergangenheit erhobenen Nutzung. «Erste Auswertungen aus dem

Jahr 2019 weisen darauf hin, dass mit dem neuen Angebot die Fahrgastzahlen wieder deutlich ansteigen. Besonders auffällig ist, dass zahlreiche Fahrgäste aus Appenzell kommend die neue Verbindung direkt ins St. Galler Stadtzentrum schätzen und nutzen.» Der Präsident ging auch auf die Anfangsschwierigkeiten mit den Zügen ein, welche dafür sorgten, dass die Kompositionen am Marktplatz Bohl stehen blieben. Das Problem habe rasch behoben werden können.

Grossprojekte erfordern Investitionen

Trotz des ausgewiesenen Jahresverlustes von 1,5 Millionen Franken sprachen der Verwaltungsratspräsident und Direktor Thomas Baumgartner von einem

positiven Geschäftsverlauf. In finanzieller Hinsicht sei das Jahr 2018 besser als budgetiert verlaufen. Sondereffekte aus der Modernisierung hätten Spuren im Jahresergebnis hinterlassen, höhere als budgetierte Erträge und weniger Kosten im Sachaufwand zu einer gewissen Kompensation beigetragen.

Dennoch bleibe die wirtschaftliche Lage anspruchsvoll, betonte der Direktor. «Das grösste Ziel ist es nun, das erweiterte Angebot am Markt zu positionieren und die Auslastung in den kommenden Jahren zu erhöhen.» Die Investitionstätigkeit in der Sparte Infrastruktur bleibe hoch. Es stünden weitere Grossprojekte wie das Servicezentrum in Appenzell, die netzweiten Peronnerhöhungen, die Sicherung

der Bahnübergänge oder die Ortsdurchfahrt Teufen an. Boos hob die Dringlichkeit der Bahnhofsanierung in Teufen hervor.

Zwei Votanten begrüssten, dass die drei AB-Strecken Rorschach-Heiden, Rheineck-Walzenhausen und Gais-Altstätten nicht nur auf ihre Wirtschaftlichkeit überprüft werden, sondern auch das touristische Potenzial unter die Lupe genommen wird. Die Bahnlinien seien für den Tourismus wertvoll und von grossem Nutzen. Ein weiterer Votant mokierte sich darüber, dass mit dem neuen Fahrplan in St. Gallen die Anschlusszüge nach Zürich nicht mehr erreicht werden und Wartezeiten entstehen.

Claudia Schmid
ostschweiz@tagblatt.ch

PH-Rektorin ist befragt worden

Hochschule Die Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission (GFK) des Thurgauer Grossen Rates hat Priska Sieber angehört und befragt. Sieber ist Rektorin der Pädagogischen Hochschule Thurgau (PH). Anlass für die Befragung ist die Aufarbeitung der «Causa Begemann». Vizerektor Matthias Begemann wurde im November mit sofortiger Wirkung freigestellt. Das führte zu Kritik und Fragen – innerhalb wie ausserhalb des Campus. Seit einigen Monaten ist die GFK damit beschäftigt, die Angelegenheit aufzuarbeiten. «Es wurden Fragen zum aktuellen Betriebsklima unter den Lehrenden und innerhalb der Studentenschaft vertieft erörtert», heisst es im Bericht. Zwar werde die Problematik der Freistellung nicht von allen Mitarbeitenden gleich eingeschätzt, jedoch wäre «eine offene Kommunikation durchaus erwünscht.» (seb)